

Betreff:

Modellregion Inklusion und Schließung der August-Hermann-Francke-Schule

Antragstext:

Frau Kultusministerin Beer hat am 29. Juni 2012 erklärt, dass es die Stadt Wiesbaden war, die auf das Auslaufen der August-Hermann-Francke-Schule gedrängt habe, um das Schulgebäude nicht sanieren zu müssen (vgl. Drucksache 18/5680 des Hessischen Landtags). Weiter sagte sie: „Endgültige Entscheidungen sind jedoch erst zu erwarten, wenn eine gemeinsame Vereinbarung zur inhaltlichen und fachlichen Ausgestaltung des Vorhabens [*Modellregion für Inklusion in Wiesbaden*] erstellt wurde.“

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird deshalb gebeten,

1. dem Ortsbeirat das Wiesbadener Modell der „Inklusiven Bildung“ vorzustellen und dabei folgende Fragen zu beantworten:
 - An welche Schulen werden Kinder aus dem Ortsbeiratsbezirk, die Lernhilfe brauchen, künftig verwiesen und wie sieht dort die personelle Sonderausstattung aus?
 - Bei der Einschulung?
 - Während der Grundschulzeit?
 - In der Sekundarstufe I?
 - Wie flossen die Erfahrungen und Kompetenzen der AHF-Schule in das Konzept ein?
 - Wie lange soll die AHF-Schule „auslaufen“? Wie lange soll sie am alten Standort bleiben? Gibt es Überlegungen, sie zu verlegen, wenn ja, wohin?
 - Gibt es im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn unter Berücksichtigung der Situation in den angrenzenden Bezirken sowie des geplanten Wohnungsbaus nicht einen zusätzlichen Bedarf an Grundschulplätzen, der durch die AHF-Schule als Inklusionsschule vorbildhaft erfüllt werden könnte?
2. die weitere Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die August-Hermann-Francke -Schule zum Schuljahr 2013/14 zu gestatten, wenn bis Ende des Jahres 2012 das Konzept nicht vorgelegt und die Vereinbarung mit dem Kultusministerium (siehe Vorspann) nicht getroffen worden ist.

Begründung:

Es ist zu erwarten, dass der Magistrat bzw. das Schuldezernat eine Vorstellung über die Ausgestaltung der Modell-Region „Inklusion“ erarbeitet hatte, bevor er beim Kultusministerium vorstellig wurde. Wegen der Verunsicherung des Lehrpersonals, der Eltern und auch der Schülerinnen und Schüler, die die Schule zur Zeit besuchen, ist es dringend geboten, die Konzepte nun auch den Betroffenen und der Öffentlichkeit vorzustellen.

Wiesbaden, 25.09.2012